



Die Liebe Christi
bewegt,
versöhnt und
eint die Welt

Ökumenischer Rat der Kirchen 11. Vollversammlung

31. August bis 8. September 2022
Karlsruhe, Deutschland

Dokument Nr. **PIC 01.3 rev**

ANGENOMMEN

DE

Übersetzung aus dem Englischen,
Sprachendienst ÖRK

Was zum Frieden dient: Die Welt zu Versöhnung und Einheit bewegen

*Wenn doch auch du erkennst an diesem Tag, was zum Frieden dient! Aber nun ist's vor deinen Augen
verborgen. (Lukas 19,42)*

Wir kommen – fast drei Jahre nach dem Ausbruch der globalen COVID-19-Pandemie – zur 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Karlsruhe, Deutschland, zusammen und müssen uns mit großem Schmerz und großer Betroffenheit eingestehen, dass Gewalt und Konflikte weiterhin große Auswirkungen auf vulnerable Gemeinschaften haben, insbesondere auf ältere Menschen, Frauen, Kinder und junge Menschen.

Das Leben und die Arbeit des ÖRK seit der 10. Vollversammlung in Busan waren als „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ gestaltet und stützten sich insbesondere auf den [ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden](#) und die [Erklärung über den Weg des gerechten Friedens](#) der Vollversammlung von Busan. Die Erklärung über den Weg des gerechten Friedens beschreibt diesen als einen „Weg, der ausgerichtet ist auf Gottes Heilsplan für die Menschheit und die ganze Schöpfung“ und drückt ihre Vision in vier Dimensionen aus: gerechter Friede in der Gemeinschaft, gerechter Friede mit der Erde, gerechter Friede in der Wirtschaft und gerechter Friede unter den Völkern.

Wir kommen hier in einer Zeit der erneuten und eskalierenden globalen Polarisierung zusammen, in einer Zeit, in der die Regierungen neu konfiguriert und die Geopolitik neu ausgerichtet wird, in einer Zeit der Spaltung, Konfrontation und Militarisierung – und der anhaltenden militärischen Besatzung zum Beispiel in den besetzten palästinensischen Gebieten und in Zypern – mit allen schrecklichen Risiken, die damit verbunden sind. In der ökumenischen Gemeinschaft macht sich eine große Besorgnis breit angesichts der vermehrten Instrumentalisierung von religiöser Sprache, religiösen Autoritäten und religiösen Leitungsgremien zur Rechtfertigung, Unterstützung oder „Segnung“ von bewaffneten Angriffen oder anderen Art von Gewalt und Unterdrückung. Solches Vorgehen steht in scharfem Kontrast zur christlichen Berufung, Friedensstifterinnen und Friedensstifter zu sein, sowie im Widerspruch zu den wichtigsten ökumenischen Grundsätzen.

Wir wissen, dass das Schaffen von Frieden erfordert, dass wir uns mit den Themen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Hetze und anderen Formen von Hass auf andere (die in den vergangenen Jahren alle zugenommen haben und intensiver geworden sind, größtenteils befeuert durch populistische nationalistische Bewegungen) beschäftigen, mit Krisen und Konkurrenz um unverzichtbare Ressourcen für das Leben, mit wirtschaftlicher Ungerechtigkeit

und Ungleichheit auf dem Markt, mit zwischenstaatlichen Konflikten und dem Wiederaufflammen von Krieg sowie mit dem heraufziehenden Schreckensgespenst eines Atomkriegs.

Diese Bedrohungen für den Frieden verletzen die Grundsätze des christlichen Glaubens auf eine wesentliche Art und Weise. Der Aufruf zum Dialog, zur Begegnung und zum Streben nach gegenseitigem Verständnis ist der Kern allen ökumenischen Engagements und ein wesentlicher Punkt für die Stiftung von Frieden. Es ist die Aufgabe der Kirchen, das Thema „Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt“ praktisch zu verkörpern.

Aus diesen Gründen beschließt die 11. ÖRK-Vollversammlung Folgendes: Sie

bekräftigt die Forderung nach einem prophetischen Aussprechen der Wahrheit, **erkennt an**, dass dringender Bedarf an einem tiefgründigen erneuerten Dialog innerhalb der ökumenischen Bewegung über die Auswirkungen unseres christlichen Glaubens auf unser Zeugnis für den Frieden in der Welt und für unsere ökumenische Verpflichtung zum „[Weg des gerechten Friedens](#)“ besteht, und **fordert** den ÖRK **dringend auf**, seine Leitungsfunktion in Zusammenarbeit mit anderen auszuüben, um einen solchen Dialog zu ermöglichen.

bekräftigt nachdrücklich die Selbstverpflichtung des ÖRK und seiner Mitgliedskirchen zur Schaffung von Frieden durch interreligiösen Dialog und interreligiöse Zusammenarbeit auf allen Ebenen als ausschlaggebenden Beitrag, um trennenden Kräften, Konfrontation, Polarisierung und Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, und **fordert** den ÖRK und die gesamte ökumenische Gemeinschaft **dringend auf**, dieses Engagement fortzuführen und zu vertiefen.

lehnt die Polarisierung und Spaltung der menschlichen Gemeinschaft **ab** und **beteuert** die Selbstverpflichtung, als ökumenische Gemeinschaft zusammenhalten und die Bedrohungen und Herausforderungen für den Frieden, für Gerechtigkeit, die menschliche Sicherheit und die ökologische Nachhaltigkeit durch Dialog, Begegnung, dem Streben nach gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit und nicht durch Ausgrenzung und Konfrontation angehen zu wollen.

ruft die internationale Gemeinschaft **auf**, erheblich höhere finanzielle und praktische Unterstützung in die Friedenskonsolidierung und Friedensstiftung zu stecken anstatt in Spaltung und militärische Konfrontation, und **betont** die wichtige Rolle von Frauen und jungen Menschen als Friedensstifterinnen und Friedensstifter sowie die Bedeutung der gewaltfreien Konflikttransformation.

bekräftigt die Ablehnung und Verurteilung der ökumenischen Bewegung von Krieg, weil er Gottes Willen widerspricht.

ruft zu einem globalen Waffenstillstand in allen bewaffneten Konflikten auf der Welt auf, weil dies ein dringendes moralisches Gebot ist, und **ruft** alle an diesen Konflikten beteiligten Parteien **auf**, Dialoge und Verhandlungen aufzunehmen und geduldig zu führen, bis ein gerechter und nachhaltiger Friede erreicht ist, und von Kriegshandlungen abzusehen.

fordert die ÖRK-Mitgliedskirchen und Partner **dringend auf**, die koreanischen Kirchen in ihrer Advocacy-Arbeit aktiv zu unterstützen und zu begleiten, indem sie das Erbe der Vollversammlung von Busan, das in der [Erklärung über Frieden und Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel](#) bekräftigt wurde, weiterführen.

würdigt Artikel 9 der Verfassung von Japan als ein wichtiges Erbe aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs und als eine einmalige Ressource für den Frieden auf der Welt. Wir ermutigen christliche Gläubige und alle Menschen weltweit, sich mit den Kirchen und der Zivilgesellschaft Japans in ihren Bestrebungen zum Schutz dieses Erbes zu solidarisieren und diesen Grundsatz anderen Ländern anzuempfehlen.

ruft zu einer neuerlichen Selbstverpflichtung des ÖRK und der ökumenischen Bewegung **auf**, das diakonische Engagement wiederzubeleben und auf die Krisensituationen und humanitären Bedürfnisse zu reagieren, die durch Gewalt und Instabilität an Orten wie Äthiopien, Nigeria, Kamerun, Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, Mosambik, Sudan, Myanmar, Sri Lanka, den Philippinen und Westpapua hervorgerufen werden, und in christlicher Solidarität für die Kirchen und Menschen in allen betroffenen Ländern und Regionen einzustehen.

würdigt die Begleitung und Weggemeinschaft des ÖRK im Friedens- und Versöhnungsprozess in Kolumbien durch DiPaz (Diálogo Intereclesial por la Paz de Colombia, zwischenkirchlicher Dialog für Frieden in Kolumbien). Weil die **neue Regierung** Hoffnung auf eine Fortsetzung des Friedensprozesses macht, fordert die Vollversammlung den ÖRK und die Staatengemeinschaft dringend auf, ihre Einsatzbereitschaft und Solidarität mit der kolumbianischen Regierung, den Kirchen und den Menschen in Kolumbien erneut zu bekräftigen und bei der Gestaltung, der Umsetzung, dem Engagement für und der Finanzierung des Aufbaus von Frieden im Land mitzuarbeiten.

bittet dringend um Unterstützung für die Kirchen und Menschen in Syrien, Kuba, Venezuela und Simbabwe, die aufgrund von internationalen Sanktionen, die sich auf die Menschenrechte und die Würde dieser Menschen auswirken, unterdrückt werden. Die Kirchen spielen eine wichtige Rolle, weil sie sich trotz der durch die Sanktionen verursachten Einschränkungen und Grenzen für bessere Beziehungen einsetzen. Wir **rufen dazu auf**, Kuba von der Liste der Terrorismus finanzierenden Länder zu entfernen und die kubanischen Kirchen als prophetische Stimmen des Friedens, der Hoffnung, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Respekts zu begleiten.

lädt zu Reflexion und Diskussion über christliche Grundsätze und Standpunkte hinsichtlich der Doktrin der nuklearen Abschreckung zwischen und unter den Mitgliedskirchen der ÖRK-Gemeinschaft **ein**.

fordert alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, **dringend auf**, den **Vertrag über das Verbot von Kernwaffen** zu unterzeichnen und zu ratifizieren, insbesondere die Staaten mit nuklearer Teilhabe und diejenigen Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen und die Quelle dieser weltweiten Bedrohung darstellen.

ruft zur vollständigen Umsetzung der Verpflichtungen auf, die in anderen Abrüstungsverträgen eingegangen wurden, insbesondere im **Waffenhandelsvertrag**, im **Vertrag über das Verbot von Landminen** und im **Übereinkommen über Streumunition** sowie im **Übereinkommen über bestimmte konventionelle Waffen** und in Artikel VI des **Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen** (welcher 191 Mitgliedsstaaten – einschließlich der fünf größten Atomstaaten – verpflichtet, in gutem Glauben Verhandlungen für wirksame Maßnahmen für eine vollständige atomare Abrüstung zu führen).

bekräftigt ihre überzeugte Unterstützung für ein globales präemptives Verbot von autonomen Waffensystemen (Killerrobotern und Drohnen) und **fordert** die Staaten der Welt **dringend auf**,

davon abzusehen, die Ausarbeitung eines solchen Verbots zu behindern, und sich in gutem Glauben an den Verhandlungen zur Vertragsausarbeitung zu beteiligen.

verurteilt die Tatsache, dass militärische Industriekomplexe aus der Kriegswirtschaft, Gewalt und der Verbreitung und dem Export von Waffen Profit schlagen, und **ruft** zu einem Moratorium **auf**, sowie letztendlich zu einem Ende des Exports von Waffen und Rüstungsgütern, die auf der ganzen Welt Konflikte schüren.

verlangt dass alle, die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere ernste Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsnormen begehen – einschließlich Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in Konflikten, des Missbrauchs von Nahrung und des Zugangs zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung als Kriegswaffe sowie jeglichen Gebrauch von nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen –, juristisch vollumfänglich zur Rechenschaft gezogen werden.

verurteilt jede Verletzung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit und **bekräftigt** die Religions- und Weltanschauungsfreiheit für alle gläubigen und nicht-gläubigen Menschen überall, sowie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Interesse einer friedlichen Welt.

ruft Regierungen und andere Akteure **auf**, ihre Investitionen zur Stärkung der Grundlagen einer echten Sicherheit für die Menschen und einer globalen Stabilität deutlich aufzustocken, dazu zählen unter anderem dringende Maßnahmen zur Umsetzung von Klimagerechtigkeit, zur Abwehr der Bedrohungen durch den katastrophalen Klimawandel und für einen gerechten Wandel hin zur Nutzung erneuerbarer Energie, Maßnahmen zur Beseitigung extremer Armut, für nachhaltige Entwicklung und zur Bekämpfung von galoppierender Ungerechtigkeit, unter anderem durch Steuergerechtigkeit und Wiedergutmachungen. All dies sind Probleme, die Konflikte befeuern, wenn wir sie nicht vorher bekämpfen.

unterstützt die neuerlichen Bestrebungen, die Leistungsfähigkeit der Vereinten Nationen und anderer zwischenstaatlicher Instrumente zur Förderung von Frieden und Sicherheit für die Menschen zu reformieren und verbessern, und **ermutigt** den ÖRK, zu erkunden, wie die Kirchen und die ökumenische Bewegung einen sinnvollen Beitrag dazu leisten können.

ruft zur Aufhebung der Sanktionen und/oder zur Beseitigung der negativen Auswirkungen solcher Sanktionen auf die Zivilbevölkerung in Ländern wie Syrien, Kuba, Venezuela und Simbabwe **auf** und ermutigt dazu, in den betroffenen Ländern weitere Untersuchungen durchzuführen, um die Wirksamkeit internationaler Sanktionen gegen die Verantwortlichen für Gewalt und Unterdrückung zu prüfen und um die negativen Auswirkungen von ungenau gezielten Sanktionen auf die normalen Leute, auf die humanitäre Hilfe, das Sozialwesen und die Friedenskonsolidierung herauszuarbeiten, die insbesondere von Kirchen und kirchlichen Organisationen geleistet werden.

fordert den ÖRK **dringend auf**, gemeinsam mit ACT Alliance und anderen internationalen Akteuren Bestrebungen zu unterstützen, dass neue internationale Grundsätze zur Schadensbegrenzung das militärische Paradigma des „Kriegs gegen die Drogen“ ersetzen.

empfiehlt, der ÖRK möge mit ACT Alliance und weiteren ökumenischen Partnern sowie mit den Vereinten Nationen und Partnern aus der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um die Kapazitäten der Kirchen weltweit für die psychosoziale Beratung und Unterstützung auszubauen, insbesondere in Kontexten, die von Konflikten geprägt sind.

betet, dass die Liebe Christi diese leidende und gespaltene Welt bewegen, versöhnen und einen möge, und dass alle, die Gewalt und Spaltung verursachen, ihre Sünden bereuen und sich für die Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Friede einsetzen mögen.

Annex - Background information (for information)

The following information has informed the actions in this policy.

Climate crisis and competition for essential resources for life

In humanity's relations with the earth, a crisis has become a global emergency, due to our generation's failure to recognize - let alone effectively address - the unprecedented threat of climate change, and to take the actions at governmental and societal level that are needed to avert it. The consequence of armed conflict, especially the current war in Ukraine, is driving the world even more rapidly towards the precipice of climate catastrophe, while undermining prospects for effective intergovernmental cooperation at the global level to change this suicidal course.

Concurrently, increasing levels of deforestation are weakening the Earth's own resilience and accelerating the disastrous rate of biodiversity loss, while environmental contamination by microplastics and chemical pollutants raises further concerns for human and environmental wellbeing. A deteriorating environment, and the diminution of Earth's capacity to sustain human communities, incidentally, increases the risks of armed conflict due to increasing competition for water, food, land, and other essential resources for life.

Economic injustice and inequality in the marketplace

Economic injustice, inequality and the gulf between the richest few and the overwhelming majority of others has become vastly greater, especially during the Covid-19 pandemic and more recently the war in Ukraine that have caused so much suffering for so many but during which the privileged few have earned exceptional windfall gains.

The [World Inequality Report 2022](#) demonstrates that the richest 10% of the global population currently takes 52% of global income, whereas the poorest half of the population earns 8.5% of it, and that whilst the poorest half of the global population barely owns any wealth at all - possessing just 2% of the total - the richest 10% of the global population own 76% of all wealth. Income and wealth inequalities have been on the rise nearly everywhere since the 1980s, have escalated significantly in more recent years, and currently stand close to early 20th century levels, at the peak of Western imperialism.

Such inequality is not inevitable, but a political and (im)moral choice, with grave consequences for social stability, peace and justice. Although agreement was reached in 2021 on a global minimum corporate tax rate of 15%, corporations and the wealthiest individuals routinely continue to avoid the redistributive mechanism of taxation through the widespread use of tax havens and other techniques. The appeal for tax justice goes largely unheard and unmet.

Interstate conflicts and re-emergence of war

Among the nations, conflict and armed violence has continued to be a tragically prominent reality. The European region and historical moment in which this Assembly convenes is particularly marked by the re-emergence of inter-state conflict on the continent of Europe due to Russia's invasion of Ukraine. Entailing terrible suffering for the Ukrainian people as well as for many more around the world, the war in Ukraine is massively compounding a global food and energy crisis, contributing to economic, social, and political instability in many places far beyond the borders of Europe, and provoking a renewed military confrontation between Russia and the West, raising again the spectre of nuclear war.

After a brief window of opportunity for peace was squandered, the Korean Peninsula - where the 10th Assembly met - has again slipped into renewed confrontation and escalating conflict risk.

Though the war in Syria war has abated, peace, justice, and stability remain distant prospects for the Syrian people. The so-called 'Islamic State' - an empire of terrorist brutality - has risen and fallen, but with lingering consequences for human security and social cohesion in Syria, Iraq, the Middle East region, and the wider world. In Israel and Palestine, periodic outbursts of bloody violence - especially affecting the people of Gaza, as well as many others in the region - have occurred throughout this period, during which the military occupation of the Palestinian territories has continued and the longstanding demands for justice and equal human rights remained unfulfilled.

In South Sudan and Colombia, solemn commitments to peace have languished for lack of implementation.

The people of other priority countries for the Pilgrimage of Justice and Peace, such as Nigeria and the Democratic Republic of the Congo, have continued to be afflicted by persistent conflict, violence, and instability.

Moreover, new conflicts have exploded or escalated, in the anglophone region of Cameroon, in Yemen, and in Ethiopia - where fierce fighting has recently resumed between Ethiopian federal forces and the Tigray People's Liberation Front after a five-month humanitarian truce.

The spectre of nuclear war

Since the World Council of Churches' First Assembly in 1948 in Amsterdam – where the WCC described nuclear weapons as a “sin against God” and “a crime against humanity” – the WCC has consistently and continuously called for a world free from nuclear weapons. The victims of the terrible effects of the first and so far, only use of nuclear weapons in conflict – in Hiroshima and Nagasaki in 1945 – demand their elimination. We know that any use of nuclear weapons today would result in catastrophic humanitarian consequences to which no country would have adequate capacity to respond, and that the consequences could not be constrained by national borders and would linger for thousands of years. We acknowledge and lament that, even if never again used in war, the effects of historic nuclear testing programmes on the health and environments of thousands, possibly millions, of people and their descendants in the Pacific region, Australia, the US, Algeria, Kazakhstan and elsewhere are grave and ongoing.

Supported by the efforts of the WCC and its ecumenical, interfaith and civil society partners in the [International Campaign to Abolish Nuclear Weapons \(ICAN\)](#), the [Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons \(TPNW\)](#) was adopted by the United Nations in 2017, and entered into force in January 2021. States ratifying the TPNW accept that they are prohibited from developing, testing, producing, manufacturing, transferring, possessing, stockpiling, using or threatening to use nuclear weapons, or allowing nuclear weapons to be stationed on their territory. The TPNW has already created a new normative standard in international law that is on the way to delegitimizing the very existence of nuclear weapons, as well as introducing positive obligations for victim assistance and environmental remediation.

However, nuclear-armed states continue to maintain, develop, and increase their nuclear arsenals, other states still aspire to such weapons as the ultimate form of leverage in international relations, and 'nuclear umbrella' states continue to look to nuclear-armed allies as a key pillar of their security. But a security guarantee that threatens global devastation is illusory, illegitimate, and morally indefensible. Far from preserving peace and security, the mere possession of nuclear weapons serves to coerce and intimidate, to inflame tensions, and to facilitate aggression. The very existence of these most indiscriminately destructive weapons that human beings have ever created violates

the fundamental tenets of our faith. They are not safe in any human hands, and they must be eliminated.

Proliferation of weapons

In addition to nuclear weapons, the proliferation of other weapons in the context of conflict and escalating confrontation - including the uncontrolled spread of small arms and light weapons in communities - presents grave challenges for peace and human security.

Meanwhile, the development of new types of weapons and new theatres of conflict – such as autonomous weapons systems ([“Killer Robots”](#)), drones and cyber-warfare – threaten a new and perilous global arms race.

Increased military spending inevitably comes at the cost of essential investment in peacebuilding, the elimination of extreme poverty, climate action, a just transition to renewable energy, and other investments in sustainable development and economic justice that are necessary for true human security and global stability. The direction of even more financial resources away from these purposes and towards the means of making war is self-defeating and unacceptable.

Polarization and division

Polarization, division, and exclusion is the antithesis of the purpose of our movement. Accordingly, as a worldwide ecumenical fellowship, we must actively and assertively resist all such forces of division and proclaim instead the reconciliation and unity to which the love of Christ calls us. In this historical moment and context, it is an urgent imperative of our Christian faith and witness in the world.

In 1948, the Amsterdam Assembly held that “[w]ar is contrary to the will of God”. In 1975, the Nairobi Assembly called on churches to “emphasize their readiness to live without the protection of armaments and take a significant initiative in pressing for effective disarmament.” In 1983, the Vancouver Assembly considered that the time had come when “the churches must declare that the production and deployment as well as the use of nuclear weapons are a crime against humanity.” In 2006, the Port Alegre Assembly affirmed the responsibility to protect, with the prevention of assaults on individuals and communities its primary focus and recognizing that any resort to armed force represents a failure of that responsibility. In 2013, the Busan Assembly charted the “Way of Just Peace” and asserted that “[w]e must join other communities of faith and people of good will to... delegitimize the institution of war.” The direction of our collective ecumenical journey is abundantly clear, and it stands in stark and opposition to the direction of the world today.

Grave concerns are being raised in the ecumenical fellowship about the instrumentalization of religious language, authority and leadership to justify, support, or “bless” armed aggression, in sharp contrast to the Christian calling to be peacemakers and contradictory to core ecumenical principles. Consequently, a fresh and critical analysis – and deep and sustained dialogue - on these issues and on the Christian faith in its relation to politics, the nation and nationalism is urgently called for.

Reform of international governance for peace and security

The current constellation of conflicts and converging threats to peace and human security also demands serious re-examination of intergovernmental structures, policy and practice for the promotion of peace and prevention of war - including long-overdue reform of the UN Security Council.

The impotence of the post-World War II international security architecture when one of the five permanent members (P5) of the UN Security Council is the perpetrator of armed aggression has once again been thrown into sharp relief by the Ukraine conflict and inspired fresh calls for reform. Many previous attempts to reform the UN Security Council for greater inclusion and better effectiveness - and to prevent misuse of the veto power - have been signally unsuccessful. However, the recent initiative led by Liechtenstein requiring a UN General Assembly debate whenever a veto is cast in the Security Council represents a small sign of hope and applies a certain measure of accountability to veto-holding P5 members of the Security Council. While this initiative still falls short of the needed reform, this 11th Assembly of the WCC acknowledges it as a step in the right direction, towards a greater measure of justice in the UN's pre-eminent forum at a time when effective international governance for peace and security is most sorely needed and most seriously threatened.

Respect for and accountability to international humanitarian and human rights law is an essential foundation for international peace and justice. And yet states increasingly flout and undermine it or invoke it only in pursuit of their own perceived interests. States must re-commit to the universal and impartial application of these obligations, and the mechanisms of legal accountability to these principles must be strengthened.

Violations of international humanitarian and human rights law

In addition to the tragically frequent attacks on civilians and civilian infrastructure (including hospitals and schools) in conflicts during these years - affecting especially vulnerable populations, food or access to food is increasingly being used as a weapon of war. Moreover, anti-personnel landmines – which have continued to be deployed despite the Landmine Ban Treaty of 1997 – not only kill and maim indiscriminately and often long after conflict has ended, but also render productive agricultural land unusable and impede access to water sources in many affected rural locations. Cluster munitions - another indiscriminate weapons system banned by most countries - have also repeatedly been used in recent conflicts, with innocent children often the victims.

Violence against children

The elimination of violence against children, among the most vulnerable members of society and our hope for the future of our communities, has become an important priority for the WCC following the mandate given by the Busan Assembly. In addition to violence suffered by children in the context of conflict, children face the threat of violence in their communities and even in their homes, with lockdowns during the Covid-19 pandemic having increased the salience of this threat and the incidence of such violence at home. The [Churches' Commitments to Children](#) have provided an important framework for ecumenical engagement in the elimination of violence against children, including through the role of churches in ensuring child-safe church environments as well as addressing violence against children in their societies and homes.

The role of women and youth in peace-making

Together with children, women are often the victims of armed conflicts instigated and perpetrated by men. Whether as victims of indiscriminate attacks, or targeted for sexual violence, or killed or maimed by the lingering detritus of conflict, women carry the burden of men's wars. Gender injustice continues to be widely prevalent, undermining the prospects of women and girls throughout the world. Despite important progress in some areas, women's human rights have been rolled back in others. Moreover, lockdowns in many countries during the Covid-19 pandemic exposed women and girls to heightened risks of domestic violence, and sexual and gender-based violence has continued to be an abhorrent reality in many societies and many contexts, including through the recurrent use of rape as a weapon of war.

But - as Pilgrim Team Visits undertaken in the context of the Pilgrimage of Justice and Peace have demonstrated - women have a powerful but under-recognized and under-supported agency as peacemakers. Likewise young people, who otherwise must fight and suffer the most direct impacts of the wars launched by their elders, should be given a much more significant space in the fields of peace-making and peacebuilding.

Governmental and intergovernmental actors, as well as churches and related organizations, must do more to support the role of women and young people as agents of peace. The international system has provided mechanisms by which to support this goal, including UN Resolution 1325 and the Convention on the Rights of the Child.

Sanctions

In the experience of the WCC, sanctions and other coercive economic measures rarely achieve their stated purposes, and invariably do significant harm to the civilian population, especially women, children, and other vulnerable groups. Syria is an important case in point. International and unilateral sanctions are contributing to worsening the humanitarian situation, harming a civilian population already made vulnerable by war. Moreover, sanctions are damaging the historical multicultural and multireligious fabric of the Syrian society, forcing Christians and other indigenous groups to flee the country.

Together with Caritas Internationalis and World Evangelical Alliance, and in cooperation with ACT Alliance, WCC has commissioned a research project on the negative impacts of sanctions on humanitarian response, social service and peace-building in a number of affected countries. The results of this research project are awaited.

Trauma healing

The experience of victims of war and violence is often carried into the future through psychological trauma that may persist long after any physical wounds have healed. That trauma, especially if widespread in a conflict-affected society, may reduce resilience and predispose towards repeated cycles of violence. Intergenerational effects of trauma perpetuate the effects of war and violence. This vicious cycle must be broken by the healing of memories through psycho-social counselling and support, which churches have a powerful potential to facilitate.